

# GESCHICHTE UND GEGENWART

Vierteljahreshefte  
für Zeitgeschichte,  
Gesellschafts-  
analyse und  
politische Bildung

**2**

13. Jahrgang  
Juni 1994

■ WALTER HÖFLECHNER

Hans Benndorf – zwischen Welten

■ JÖRG PAUL MÜLLER

Grundwerte der demokratischen Verfassung

■ URSULA PASERO

Soziale Zeitmuster, Kontingenzerfahrung und  
das Arrangement der Geschlechter

■ MICHAEL BAURMANN

Die plötzliche Rückkehr der Wirklichkeit

Michael Baurmann, Mainz

# Die plötzliche Rückkehr der Wirklichkeit

## Die Soziologie und das Problem der sozialen Unordnung

In den letzten Jahren ist der Soziologie etwas gelungen, was ihr schon lange nicht mehr gelungen war: Sie hat mit der „Risikogesellschaft“ einen Begriff geprägt, der über die Fachgrenzen hinweg enorme Resonanz gefunden hat und mittlerweile zum Standardrepertoire der Feuilletons zählt. Doch worauf beruht dieser Erfolg? Beruht er darauf, daß die Soziologie einem überraschten Publikum grundlegend neue wissenschaftliche Erkenntnisse präsentieren konnte, oder beruht er vielleicht nur darauf, daß der Begriff der „Risikogesellschaft“ Mode wurde, weil er einem aufnahmebereiten und larmoyanten Zeitgeist entsprach? Gleich der erste Satz des gleichnamigen Buches von Ulrich Beck ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich. Dort heißt es: „Arm an geschichtlichen Katastrophen war dieses Jahrhundert wahrlich nicht: zwei Weltkriege, Auschwitz, Nagasaki, dann Harrisburg und Bhopal, nun Tschernobyl.“

Einem Autor, der Auschwitz und Nagasaki mit Harrisburg und Bhopal als geschichtliche Katastrophen in einem Atemzug nennt, sind offenbar elementare Maßstäbe abhanden gekommen. Das läßt sich wohl nur mit seiner vorgefaßten Absicht erklären, unsere heutige Gesellschaft unbedingt mit dem Etikett einer hochgradig durch Gefahren bedrohten „Risikogesellschaft“ zu versehen. Einer solchen Absicht ist es dann allerdings dienlich, den Völkermord eines totalitären Regimes und die gezielten Massentötungen von Menschen in Kriegen mit dem Gefahrenpotential moderner Großtechnologie in einen Topf zu werfen.

Wie dem auch sei: Wenn schon nicht die Geschichte, so sollte doch spätestens der Anschauungsunterricht der Gegenwart darüber belehren, was wirkliche Risiken sind und welche Gesellschaften wirklich Risikogesellschaften sind. Denn wenn wir bereits in einer Risikogesellschaft leben, in welchen Gesellschaften leben dann die Menschen im ehemaligen Jugoslawien, in Somalia, Rußland, Afghanistan, Kolumbien, Kambodscha oder Kurdistan? Will man schon Risiken als Vergleichsgrößen verwenden und den Begriff des Risikos nicht bis zur Unkenntlichkeit verwässern, dann sollte man auch den einzig adäquaten Maßstab zur Messung anlegen, nämlich die Wahrscheinlichkeit und das Gewicht der Gefahren, die dem einzelnen tatsächlich drohen. Wie sieht dann aber der Vergleich aus zwischen einem durchschnittlichen Bürger der eben genannten Länder und einem Soziologen in Deutschland, der – ich zitiere noch einmal Ulrich Beck – „auf einem Hügel im Freien oberhalb des Starnberger Sees . . . von einem meist strahlenden Himmelchen begünstigt“ sein Menetekel von der „Risikogesellschaft“ ausmalt? Es erfordert eine ganz besondere Sichtweise, von einer solchen privilegierten Beobachtungswarte aus die unheilsschwangere Feststellung zu treffen, daß vor allem in unserer Gesellschaft die Fähigkeit „lebensnotwendig“ sei, „Gefahren zu antizipieren, zu ertragen, mit ihnen biographisch und politisch umzugehen“.

Aber auch andere ambitionierte Globaldiagnosen der Soziologie haben sich angesichts der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit endgültig als intellektuelle Fiktionen erwiesen. „Der Trend zur Modernisierung ist heute in der gesamten Welt zu verzeichnen“ konnte Talcott Parsons noch vor nicht allzu langer Zeit als Credo vieler Soziologen verkünden. Einen Soziologentag wie 1990 in Frankfurt mit dem Thema „Die Modernisierung moderner Gesellschaften“ wird es aber sicherlich so bald nicht mehr geben. Angesichts der unmißverständlichen Fakten, mit denen wir als Zeitzeugen konfrontiert werden, wird es immer schwerer, weiterhin in den soziologischen Konstruktionen der gesellschaftlichen Wirklichkeit auszuharren. Der Zusammenbruch staatlicher Ordnungen, blutige Bürgerkriege und gewalttätige Machtkämpfe, ethnischer Separatismus und aggressiver Nationalismus stellen sich in einer solchen elementaren Einfachheit und Eindeutigkeit dar, daß sie auch denjenigen in seiner gewohnten Weltsicht erschüttern müssen, der trainiert ist, in Gesellschaften selbstreflexive und autopoietische Systeme zu sehen, funktionalen Differenzierungen und Interpretationen nachzuspüren oder uneingelöste Verheißungen einer herrschaftsfreien Kommunikation einzuklagen. Es ist nicht die Zeit für die Skrupel sogenannter „Radikaler Konstruktivist“, die in ihrer feinfühlig Sensibilität kaum noch Aussagen über die soziale Realität wagen, und nur ein haushoch über den Niederungen der banalen Wirklichkeit stehender Denker wie Niklas Luhmann kann noch unverdrossen verkünden, daß wir erst einmal „eine Theorie der Selbstbeschreibung der sich über Strukturen reproduzierenden Gesellschaft“ brauchen. Das Bild der Welt wird momentan mit kräftigen Strichen gemalt, die an Naturalismus nichts zu wünschen übrig lassen: Die soziologischen Weichzeichner vor den Objektiven müssen versagen. Es geht nicht um Subtilitäten, sondern um Krieg und Gewalt, Völkermord und Vertreibung, Revolution und Unterdrückung, Korruption und organisiertes Verbrechen. Diese Phänomene lassen sich auch mit der üblicherweise weit entwickelten soziologischen Phantasie nur sehr schwer als Meilensteine auf dem Weg einer „nachholenden“ Modernisierung interpretieren – sie lassen die Modernisierung der westlichen Welt vielmehr als das erscheinen, was sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch tatsächlich war, nämlich nicht der Vollzug eines universalen Entwicklungsmusters, sondern ein singulärer Glücksfall der Geschichte: „Das Wunder Europa“, wie der Titel des faszinierenden Buches von Eric Lionel Jones lautet.

Die Soziologie ist von den stattfindenden Erschütterungen und Eruptionen überrumpelt worden – vor allem auch deshalb, weil die Dämonen der Unordnung die eigene Türschwelle erreicht, ja überschritten haben. Scheinbar fest verankerte Säulen geraten ins Wanken, deren Stabilität man schon längst keine Aufmerksamkeit mehr geschenkt hat. Epidemien breiten sich aus, deren Erreger ebenso wie die Gegenmittel bereits in Vergessenheit geraten sind. Elefanten trampeln im Porzellanladen der Soziologie. Nach den Nippes, die dabei zu Bruch gehen, wird allerdings auch nicht mehr gefragt. Nachgefragt werden Eisenträger, Mauersteine und grobes Werkzeug. Es geht wieder um die Fundamente des gesellschaftlichen Hauses, nicht um die Pretiosen in der Wohnzimmervitrine. Doch das entsprechende Angebot der Soziologie ist dürftig. Ralf Dahrendorf hat unlängst konstatiert, daß der Soziologie „irgendwann, irgendwie die Institutionen der staatlichen Ordnung verlorengegangen sind und sie begonnen hat, sich als Disziplin für die subinstitutionelle Wirklichkeit des Sozialen zu definieren“. Für eine Welt, in der vielerorts gerade die Verfassung staatlicher Ordnung in Frage steht, ist die heutige Soziologie infolgedessen nur schlecht gerüstet.

Der Hauptvorwurf, dem sie sich stellen muß, ist freilich nicht ihre mangelnde Prognosefähigkeit – auch wenn es schmerzhaft ist, daß jeder CDU-Ortsvereinsvorsitzender ein besserer Prophet der Zukunft des Sozialismus war als die soziologische Zunft zusammengenommen. Die wissenschaftliche Prognose gesellschaftlicher Entwicklungen hat letztlich unübersteigbare Grenzen. Was sich die Soziologen jedoch ankreiden lassen müssen, ist die Tatsache, daß die jüngsten gesellschaftlichen Entwicklungen in diesem Maße Überraschung auslösen konnten. Das bedeutet, daß sie nicht nur nicht vorhergesagt wurden, sondern daß man ihren Eintritt für unwahr-

scheinlich, ja vielleicht sogar für ausgeschlossen gehalten hat. Der plötzliche Zusammenbruch des Sozialismus war in der soziologischen Weltdeutung ebensowenig vorgesehen wie ein brutaler Bürgerkrieg in Europa und das Wiederaufleben chauvinistischen und ethnischen Denkens. Man könnte das vorwerfbare Versäumnis der Soziologie deshalb damit charakterisieren, daß es ihr nicht nur an der Fähigkeit zur Erklärung und Prognose gemangelt hat, sondern offenbar schon an einem elementaren *Verständnis* der real existierenden Gesellschaften.

Gibt es einen solchen grundlegenden Verständnismangel tatsächlich, dann hat das gravierende Konsequenzen auch für das soziologische Verständnis derjenigen Gesellschaften, die, wie unsere eigene, von drastischen Krisen und Zusammenbrüchen bislang verschont geblieben sind. Denn wenn man nicht verstehen kann, daß eine andere Gesellschaft in kurzer Frist in Anarchie und Chaos abdriftet, dann kann man auch nicht verstehen, aufgrund welcher Umstände der eigenen Gesellschaft ein solches Schicksal erspart wurde. Und in den hilflosen Reaktionen und Stellungnahmen angesichts der ausländerfeindlichen Gewalttaten drückt sich ein solches mangelhaftes Verständnis der eigenen Gesellschaft bereits unübersehbar aus. Max Weber, der wie kein anderer von der Leidenschaft gepackt war, die Besonderheiten der westlichen Gesellschaft und Zivilisation zu verstehen, hat gerade zu diesem Zweck einen Großteil seiner Kraft der Erforschung *anderer* Gesellschaften und Kulturen gewidmet.

Läßt sich ein Grund nennen, der hauptsächlich dafür verantwortlich ist, daß die Soziologen den aktuellen Erscheinungsformen sozialer Unordnung einigermaßen ratlos gegenüberstehen? Ich glaube, das ist der Fall. Ich glaube, es ist die Tatsache, daß die Soziologen seit jeher von der *Lösung* des Problems der sozialen Ordnung besessen sind. Sie werden beherrscht von der Idee, daß die Existenzberechtigung der Soziologie und die Güte einer soziologischen Theorie von einer möglichst plausiblen Erklärung für das *Vorhandensein* sozialer Ordnung abhängen. Ihre Wurzeln hat diese Besessenheit in der Auseinandersetzung mit Thomas Hobbes – und aus seiner Herausforderung bezieht sie bis heute ihre Triebkräfte.

Ausschlaggebend ist dabei, daß im Übereifer dieser Auseinandersetzung von Beginn an eine folgenschwere Verschiebung der von Hobbes formulierten Fragestellung vorgenommen wurde. Für Hobbes selbst war das Problem der sozialen Ordnung kein hypothetisches Problem einer Theorie, sondern ein praktisches Problem der Wirklichkeit. Seine Erfahrungswelt war nicht die selbstverständliche Existenz sozialer Ordnung, sondern ihre permanente Gefährdung. Die lebensbedrohende Anarchie in einem Naturzustand war für ihn keineswegs nur ein Hirngespinnst. In seinem epochemachenden Werk über die Grundlagen des Staates, das – wie er sagt – „von den Wirren der Gegenwart veranlaßt wurde“, ging es ihm in erster Linie darum, wie man eine stabile soziale Ordnung schaffen und erhalten kann. Hobbes Theorie der sozialen Ordnung war aus diesem Grund zugleich eine Theorie der sozialen Unordnung, eine genaue Untersuchung ihrer Eigenschaften und der in ihr wirksamen Gesetzmäßigkeiten.

Ganz anders die Nachfolger von Hobbes in der modernen Soziologie. Für sie ist die soziale Ordnung das Faktum, und die Aufgabe der Theorie besteht darin, dieses Faktum zu erklären. Indem sie die Existenz sozialer Ordnung als Prämisse voraussetzen, wird das Problem der sozialen Ordnung von einem realen Problem zu einem Problem der theoretischen Konstruktion umdefiniert. Es stellt nur noch eine gedankliche Schwierigkeit dar, die mithin auch nur gedanklich überwunden werden muß. Damit mußte auch das Phänomen der sozialen Unordnung seinen Stellenwert grundlegend verändern. Das Fehlen sozialer Ordnung wurde zu einer bloßen Fiktion und einem allenfalls intellektuell reizvollen Gedankenexperiment.

Bei dieser Verschiebung der Hobbesschen Fragestellung arbeiteten seine Kritiker und Verteidiger Hand in Hand: Während seine Kritiker ihm vorwarfen, daß er das Problem sozialer Ordnung mit seiner Theorie nicht lösen könne, versuchten seine Verteidiger, das Gegenteil zu beweisen. Das Ergebnis ist: Die soziologischen Theorien erklären mittlerweile „zu viel“. Sie haben das Problem der sozialen Ordnung theoretisch so gründlich beseitigt, daß sie es als soziale

Tatsache nicht mehr verstehen können. Während es in der Hobbesschen Sichtweise selbstverständlich ist, daß die Kräfte der Ordnung im ständigen Kampf mit den Kräften der Unordnung liegen und der Ausgang dieses Kampfes keineswegs sicher und endgültig ist, stehen die heutigen Theorien vor der Schwierigkeit, daß für sie die faktisch vorhandene soziale Unordnung zu einem Erklärungsproblem geworden ist.

Ist diese Diagnose richtig, dann besteht die Therapie darin, die theoretische Beseitigung des Problems der sozialen Ordnung wieder rückgängig zu machen. Wir brauchen den Exorzismus für die Besessenheit der Soziologen, die Lösung des Problems der sozialen Ordnung zu liefern. Die Hobbessche Fragestellung muß wieder in ihrem ursprünglichen Gehalt aufgegriffen werden, damit Entstehung und Untergang sozialer Ordnungen als Gegenstände der soziologischen Theoriebildung den ihnen gebührenden Stellenwert zurückerhalten.

Was kann es aber heute heißen, die Fragestellung von Hobbes wieder aufzugreifen? Vergegenwärtigen wir uns zunächst, worin das Problem der sozialen Ordnung in der Sichtweise von Hobbes eigentlich besteht.

Das sogenannte „Hobbessche Problem sozialer Ordnung“ läßt sich gut mit einem Begriff charakterisieren, den ihm sein prominentester soziologischer Kritiker – nämlich Talcott Parsons – tadelnd vorgehalten hat: mit dem Begriff des „utilitaristischen Dilemmas“. Die Annahme, daß es ein Problem der sozialen Ordnung tatsächlich gibt, wäre demnach gleichzusetzen mit der Annahme, daß es ein utilitaristisches Dilemma tatsächlich gibt. Für Parsons handelte es sich dagegen nur um ein Dilemma innerhalb der Hobbesschen Theorie.

Was ist das utilitaristische Dilemma? Ganz allgemein ausgedrückt kann man als utilitaristisches Dilemma den paradoxen Sachverhalt bezeichnen, daß gerade die konsequente Verfolgung individueller Interessen die Verwirklichung dieser Interessen verhindern kann. Ein Problem sozialer Ordnung wird aus diesem Dilemma dann, wenn es um die Interessen einer Gruppe von Akteuren geht. Denn auch und vor allem für Gruppen von Akteuren gilt, daß ein gemeinsames Ziel, das im individuellen Interesse jedes einzelnen Gruppenmitglieds ist, gerade dann gefährdet sein kann, wenn alle Mitglieder der Gruppe konsequent ihre individuellen Interessen verfolgen. Der Krieg aller gegen alle im Hobbesschen Naturzustand ist das Ergebnis eines solchen utilitaristischen Dilemmas: In einem solchen Naturzustand ist es zwar im individuellen Interesse jedes einzelnen, wenn statt Konflikt und Kampf ein friedliches Zusammenleben und Kooperation praktiziert werden. Das ändert jedoch nichts daran, daß unabhängig von der Handlungsweise seiner Mitmenschen für den einzelnen ein permanenter Anreiz bestehen bleibt, bei günstigen Gelegenheiten von einem unsozialen und unkooperativen Verhalten zu profitieren. Da aber alle Beteiligten dieser Versuchung ausgesetzt sind, werden sie in der Verfolgung ihrer individuellen Interessen gemeinsam einen Zustand herbeiführen, der sich gegen ihre Interessen richtet. Anstatt das kollektive Gut einer sozialen Ordnung werden sie das kollektive Übel der Unsicherheit und Anomie produzieren.

Die Annahme, daß es ein utilitaristisches Dilemma als Ursache für ein Problem sozialer Ordnung tatsächlich gibt, ist demzufolge gleichbedeutend mit der Annahme, daß die Verfolgung individueller Interessen ein wesentliches Antriebsmotiv menschlicher Handlungen darstellt und daß Menschen häufig unter Bedingungen handeln, unter denen die Verfolgung individueller Interessen die Realisierung dieser Interessen gerade vereitelt. Man kann auch sagen, daß das Problem sozialer Ordnung in dieser Sichtweise darin besteht, daß eine Kluft zwischen individuellen und kollektiven Interessen existiert, die zwar möglicherweise überbrückt, aber nicht vollständig geschlossen werden kann. Die einzig haltbare Brücke, die Hobbes selbst für möglich hielt, war bekanntlich die Errichtung eines „Leviathan“, eines absoluten staatlichen Souveräns, der sozialen Frieden durch die Androhung und die Ausübung von Zwang aufrechterhält.

Worin besteht nun die theoretische Beseitigung des utilitaristischen Dilemmas durch die Kritiker von Hobbes? Das ist jedem Soziologie-Studenten spätestens nach den Einführungsveran-

staltungen geläufig und läßt sich mit dem Stichwort „normative Integration“ kennzeichnen. Ausgangspunkt ist die Annahme, daß bei tatsächlicher Existenz eines utilitaristischen Dilemmas soziale Ordnung grundsätzlich nicht möglich wäre, weil – mit Émile Durkheims vielzitierten Worten – „dort, wo das Interesse allein regiert, sich jedes Ich gegenüber dem anderen auf dem Kriegsfuß befindet und jeder Waffenstillstand dieses ewigen Antagonismus nur von kurzer Dauer sein kann“. Anders als Hobbes hält man eine stabile Brücke über diese Kluft der Interessen für nicht denkbar. Ist aber eine Überbrückung der Kluft nicht möglich, dann muß sie geschlossen werden.

Die theoretische Schließung dieser Kluft erfolgt durch das Konzept des sozialisierten Akteurs, durch das Modell des *homo sociologicus*. Diesem Modell zufolge bewirkt ein Sozialisationsprozeß, daß die Mitglieder einer Gesellschaft die Normen der sozialen Ordnung internalisieren, d. h., daß sie soziale Normen unabhängig von äußerem Zwang und unabhängig vom subjektiven Nutzen der Normkonformität befolgen. Das individuelle Interesse an sozialer Ordnung wird so verwirklicht, indem der einzelne von einer Verfolgung seiner individuellen Interessen gerade absieht und so handelt, wie es dem „verallgemeinerten anderen“, also den kollektiven Interessen entspricht. Wenn Menschen aber freiwillig und aus innerem Antrieb kooperationsfördernde Normen befolgen, dann ist das utilitaristische Dilemma nicht nur überbrückt, sondern dann entsteht ein solches Dilemma überhaupt nicht mehr – und damit auch kein grundlegendes Problem, soziale Ordnung angesichts unauflöslicher Interessenkonflikte zu erzeugen und aufrechtzuerhalten.

War nun im ursprünglichen Konzept der normativen Integration, wie es etwa von Durkheim oder Parsons in direkter Auseinandersetzung mit dem Utilitarismus und der Hobbesschen Position entwickelt wurde, die Sprengkraft des utilitaristischen Dilemmas in der Vorstellung einer durch sozialen Zwang erfolgten Anpassung des Individuums immerhin noch spürbar, so verflüchtigt sich dieser Nachhall im Laufe der Zeit fast vollständig. Normative Integration als Grundlage sozialer Ordnung wird immer mehr zu einer unhinterfragten Selbstverständlichkeit, die sich nicht mehr gegen die Kräfte der Unordnung, wie sie durch unsozialisierte individuelle Interessen repräsentiert werden, durchsetzen muß. In der heutigen Soziologie werden soziale Normen – etwa in der Systemtheorie von Niklas Luhmann – zu Instrumenten der „Orientierungsvereinfachung“ verharmlost, die von überforderten Individuen als Wegweiser durch die Komplexität der Welt geradezu herbeigesehnt werden, oder es wird unterstellt – in der Theorie kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas –, daß den „Geltungsansprüchen von Normen“ per se eine „rational motivierende Kraft“ innewohnt. Aus erklärungsbedürftigen Phänomenen werden so Prämissen. Macht man solche Annahmen zu Voraussetzungen, dann läßt sich die Frage, aus welchen empirischen Quellen Normen als Instrumente der Eindämmung individueller Interessenverfolgung ihre „motivierende Kraft“ gegen diese Interessen beziehen, überhaupt nicht mehr stellen. Gerade das ist aber die für eine Theorie sozialer Ordnung alles entscheidende Frage.

Will man nun gegen dieses Paradigma der normativen Integration das Erklärungspotential eines Ansatzes reaktivieren, der von der Realität des utilitaristischen Dilemmas ausgeht, dann muß man zunächst einmal Abschied nehmen vom Verhaltensmodell des *homo sociologicus* – jedenfalls insoweit dieses Modell das Modell eines übersozialisierten Menschen ist, dessen Wünsche und Bedürfnisse ausschließlich Resultate gesellschaftlicher Determination sind. An seine Stelle muß ein Verhaltensmodell treten, das Raum läßt für einen quasi nicht-sozialisierbaren Kern menschlicher Verhaltensantriebe, die prinzipiell antagonistisch und konfliktorisch zu den Wünschen und Interessen anderer Individuen stehen. In diesem Modell muß es Grenzen für soziale Formbarkeit, Sozialisation oder Norminternalisierung geben, in ihm darf die Kluft zwischen individuellen und kollektiven Interessen nicht nur auf mangelhafte Anpassungsprozesse zurückgeführt werden. Ein solches Modell muß nicht mit dem alten Gegner des *homo sociologicus*, dem *homo oeconomicus*, identisch sein, der in mancherlei Hinsicht ebenfalls ein theore-

tisches Konstrukt darstellt. Um das utilitaristische Dilemma wieder als reales Dilemma zu inthronisieren, genügen weitaus schwächere Verhaltensannahmen als die Annahmen, die mit dem Modell des rationalen Nutzenmaximierers verbunden sind. Im Grunde reicht bereits die Voraussetzung, daß menschliche Akteure angesichts der Konkurrenz um knappe Güter und Positionen nur über einen begrenzten Altruismus verfügen und daß diese Tatsache weder durch Sozialisationsprozesse noch durch eine Verinnerlichung sozialer Normen grundsätzlich beseitigt werden kann.

Aus der Verwendung eines solchen „utilitaristischen Verhaltensmodells“ folgt jedoch keineswegs, daß *Normen* als Instrumente der sozialen Ordnung ihren überragenden Stellenwert verlieren. In gewisser Weise trifft das Gegenteil zu: Wenn man nämlich nicht mehr davon ausgeht, daß menschliche Interessen prinzipiell harmonisiert werden können, dann wird eine Unterordnung des Verhaltens unter Normen umso wichtiger und das Problem, wie man Normbefolgung sicherstellen kann, umso dringlicher. Allerdings bleiben Normen als Mittel der Verhaltenssteuerung dann grundsätzlich prekär: Sie sind keine selbständig existierenden sozialen Tatsachen mehr, sondern ihre empirische Geltung bleibt abhängig von der Interessenlage der Normgeber, die in die Durchsetzung von Normen investieren müssen, und von der Interessenlage der Normadressaten, für die Normbefolgung *prima facie* ein Opfer darstellt. Durchsetzung und Befolgung von Normen müssen sich in der Münze individueller Interessen auszahlen. Mit anderen Worten: Normen sind in dieser Sichtweise nicht nur Instrumente zur Überbrückung des utilitaristischen Dilemmas, sondern ihre Geltung unterliegt selber diesem Dilemma, sie sind also im Prinzip mit derselben Krankheit behaftet, die sie heilen sollen. Die Brücken, die sie bilden, können aus diesem Grund einstürzen oder unpassierbar werden.

Auch die Vorstellung einer *Verständigung* über Normen wird durch einen utilitaristischen Ansatz nicht obsolet. Die Möglichkeit einer einvernehmlichen Lösung von Interessenkonflikten wird aber nicht länger als Axiom behandelt, sondern als voraussetzungsreiche Besonderheit. Geht man von der Realität des utilitaristischen Dilemmas aus, dann gibt es keine Insel der Seligen, auf der, losgelöst von Interessengegensätzen, eine zwanglose Verständigung über Normen stattfinden könnte. Man muß vielmehr innerhalb der Restriktionen des utilitaristischen Dilemmas erklären, unter welchen Bedingungen zwischen Personen, die sich an ihren individuellen Interessen orientieren, eine Verständigung über Normen denkbar ist, und unter welchen Bedingungen sie damit rechnen können, daß die Normen, über die sie sich verständigt haben, auch eingehalten werden – unter denen Normen also, wenn man so will, eine „motivierende Kraft“ entfalten. Was Jürgen Habermas als sozialpathologische Vermischung zweckrationalen und verständigungsorientierten Handelns bezeichnet – als „Kolonialisierung von Lebenswelt“ – ist in dieser Sichtweise eine unabänderliche Gegebenheit.

Deutlich zurück tritt im utilitaristischen Ansatz jedoch in der Tat die Funktion von Normen im Sinne einer bloßen „Orientierungsvereinfachung“. In den Vordergrund rückt ihre Funktion der Interesseneindämmung. Aber das erscheint nur adäquat: So besteht das Grundübel der Anomie etwa im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien für die Beteiligten ja nicht darin, daß sie aufgrund „unreduzierter Komplexität“ nicht wüßten, was sie von ihren Gegnern zu erwarten haben – im Gegenteil wissen sie nur zu gut, was sie erwartet. Wenn sie sich eine Geltung von Normen wünschen, dann deshalb, damit sie etwas *anderes* erwarten können.

Die geforderte Rückbesinnung auf die Hobbessche Fragestellung verpflichtet nun freilich nicht dazu, seine Antworten ebenfalls zu akzeptieren! Die Analyse des utilitaristischen Dilemmas hat seit Hobbes wesentliche Fortschritte gemacht – und wenn man sich erst einmal davon freigemacht hat, mit den Kritikern von Hobbes um die beste Lösung des Problems der sozialen Ordnung zu konkurrieren, dann wird die Erklärungskraft des utilitaristischen Ansatzes gerade für die aktuellen Phänomene und Entwicklungen offensichtlich. Drei Erkenntnisse sind in dieser Hinsicht besonders hervorzuheben:

1. Partikularismus statt Universalismus. Bereits David Hume hat im Unterschied zu Hobbes erkannt, daß die Existenz von Interessenantagonismen die spontane Entstehung einer sozialen Ordnung nicht unmöglich macht. Die Untersuchungen der letzten Jahrzehnte vor allem in der Spieltheorie haben die Auffassung untermauert, daß trotz eines utilitaristischen Dilemmas stabile Normen zwischen Interaktionspartnern und in Gruppen auch ohne eine Sanktionsinstanz entstehen können. Dafür müssen allerdings bestimmte Bedingungen vorliegen, die man mit einem Ausdruck von James S. Coleman als „soziales Kapitel“ bezeichnen kann: Entscheidend sind die Regelmäßigkeit von sozialen Kontakten, die Transparenz der persönlichen Beziehungen und die Identifizierbarkeit der auch für die Zukunft wichtigen Interaktionspartner – also Bedingungen, wie sie typischerweise innerhalb von sozialen Gemeinschaften erfüllt sind, die nicht zu groß sind, ein gewisses Maß an innerer Kohärenz und Interaktionsdichte aufweisen und deren Mitglieder sich nach einem möglichst klaren Kriterium von den Mitgliedern anderer Gruppen unterscheiden lassen. In solchen Gemeinschaften kann das Prinzip der Gegenseitigkeit die notwendigen informellen Gratifikationen und Sanktionen erzeugen, die eine Durchsetzung und Befolgung von Normen mit den Interessen der Beteiligten in Übereinstimmung bringen.

Ein utilitaristisches Dilemma steht der Herausbildung von Kollektiven mit einer stabilen Ordnung und interner Kooperation also nicht prinzipiell entgegen. Es stellt kein unüberwindliches Hindernis dar, um die Vorteile zu realisieren, die aus einem Zusammenwirken innerhalb einer Gruppe erwachsen. Man kann daher sagen, daß auch Akteure, die von ihren individuellen Interessen ausgehen, ein fundamentales Interesse an einer kollektiven Identität entwickeln werden. Das Verlangen nach gesicherter Mitgliedschaft in einer sozialen Gemeinschaft ist auch unter den Prämissen eines „Methodologischen Individualismus“ kein Mysterium; er muß den Menschen keineswegs als atomisiertes und isoliertes Individuum betrachten, das ohne eine substantielle Einbettung in gemeinschaftliche Bindungen existiert. Es ist dabei aber ein wichtiger Vorzug, wenn ein solches Interesse an kollektiver Identität nicht als ein unanalysierbares Faktum hingenommen wird, sondern seinerseits aus der Verfolgung individueller Interessen erklärt werden kann. Damit werden auch die Vorgänge innerhalb von Kollektiven einer differenzierten Untersuchung zugänglich: Denn auch in kleinen und geschlossenen Gemeinschaften kann der destruktive Bazillus des utilitaristischen Dilemmas ja nach wie vor wirksam werden, etwa im Kampf um gruppeninterne Positionsgüter oder dann, wenn „soziales Kapital“ der Gruppe zerstört wird. Insbesondere das Handeln von Kollektiven nach außen läßt sich häufig nur dann angemessen verstehen, wenn man sie nicht als Monolithen betrachtet, sondern ihr – kollektives – Handeln als Ergebnis des mehr oder weniger antagonistischen Zusammenspiels der individuellen Interessen ihrer Mitglieder analysiert.

Die Erkenntnisse über die Entstehung spontaner Ordnungen sind eine bedeutsame Korrektur an den Auffassungen von Hobbes. Die wichtigste Folgerung im vorliegenden Zusammenhang besteht aber darin, daß unter Voraussetzung des utilitaristischen Dilemmas eine *partikularistische* Lösung des Problems sozialer Ordnung grundsätzlich wahrscheinlicher ist als seine *universalistische* Lösung. Das heißt, eine soziale Ordnung wird sich in einer Gruppe in der Regel als regionale Ordnung herausbilden, die gegenüber den Mitgliedern anderer sozialer Gruppen scharfe Grenzen markiert, und nicht als eine globale Ordnung, die auch Außenstehende in die Kooperation und ihren Schutz einbezieht. Sie wird eine diskriminierende Binnenmoral sein, die Nicht-Mitglieder vor allem als potentielle Objekte der Ausbeutung betrachtet. Ein solcher Gruppenegoismus ist nur die „natürliche“ Weiterentwicklung des Individualegoismus. Er ist per se weder interessenwidrig noch irrational, sondern läßt sich im Gegenteil aus einer konsequenten Verfolgung von individuellen Interessen innerhalb eines Kollektivs erklären. Separatismus und Nationalismus, das Verlangen nach ethnischer Homogenität und Abgrenzung, die Diskriminierung des Fremden und Fernstehenden sind unter diesem Gesichtspunkt keine überras-



schen Phänomene. Erklärungsbedürftig ist dagegen gerade ihre erfolgreiche Mäßigung und Eindämmung.

2. Repression statt Legitimität. Auf der Grundlage des utilitaristischen Dilemmas ist es nicht wahrscheinlich – auch nicht im theoretischen Gedankenexperiment –, daß Staaten als Garanten sozialer Ordnung aus einem Gesellschaftsvertrag entstehen, gleichsam aus einem Akt der Anerkennung hervorgehen. Das wäre allenfalls dann plausibel, wenn sich – wie Hobbes ja in der Tat annahm – in der Anarchie relativ gleich starke Individuen vereinzelt gegenüberstehen würden. In Wirklichkeit stehen sich aber Gruppen mit unterschiedlicher Macht gegenüber. Der Krieg aller gegen alle wird aus diesem Grund nicht ein Krieg zwischen Individuen, sondern ein Krieg zwischen Gruppen sein, die um die Vorherrschaft kämpfen. Der Krieg der Gruppen ist dabei noch unabwendbarer als der Krieg der Individuen, weil die Machtunterschiede zwischen Gruppen größer sind als zwischen einzelnen. Die mächtigeren Gruppen haben aber keinen Grund, sich gemeinsam mit den weniger mächtigen Gruppen einer zentralen Zwangsgewalt unterzuordnen. Sie werden eine solche Zentralgewalt vielmehr im Interesse ihrer eigenen Gruppe errichten und die anderen Gruppen unterwerfen. Die repressive Lösung des Problems der sozialen Ordnung ist weitaus wahrscheinlicher als die einverständliche. Wie der Wirtschaftshistoriker Douglass C. North feststellt, ist es schon rein theoretisch schwer vorstellbar, wie man einen Staat auf Unparteilichkeit festlegen könnte: „Einfach gesagt: Wenn der Staat Zwangsmacht besitzt, dann werden diejenigen, die über die staatliche Zwangsmacht verfügen, diese Macht im eigenen Interesse auf Kosten der übrigen Mitglieder der Gesellschaft verwenden.“ Die Entstehung von Staaten aus dem Raubmonopol von Kriegerhorden und die Verwendung des Staatsapparats zur systematischen Ausplünderung der eigenen Bevölkerung sind aus diesem Blickwinkel keine ungewöhnlichen Erscheinungen.

In diesem Punkt war Hobbes also noch zu optimistisch: Es ist keineswegs gesichert, daß *jede* staatliche Ordnung vom Interessenstandpunkt der Normalbürger aus der Anarchie vorzuziehen ist. Die Anarchie wird zwar keine Idylle sein, die einzelnen werden als Mitglieder ihrer jeweiligen Gemeinschaften aber immerhin einen relativen Schutz genießen. Erst gegen die geballte Macht einer staatlichen Zentralgewalt wird der einzelne vollkommen wehrlos sein. Der Staat kann für den Normalbürger deswegen auch und gerade bei Voraussetzung des utilitaristischen Dilemmas gegenüber der Anarchie das größere Übel sein.

Es bedarf wohl kaum besonderer Belege, wie gut gerade diese Folgerungen mit der sozialen Wirklichkeit der Geschichte und Gegenwart übereinstimmen. Die Despotie ist in der Tat die Normalform staatlicher Ordnung; staatliche Ordnungen, die sich auf ihre Legitimität stützen können, sind die historischen Ausnahmen. Um es mit den prägnanten Worten Hans Alberts auszudrücken: „Es war das normale Schicksal der Menschheit in fast allen Hochkulturbereichen der Erde seit der Entstehung großer Staaten, unter einem despotischen Regime zu leben. Die normale Staatsidee der vorindustriellen Epoche war, so könnte man sagen, die der Eroberung und der Ausbeutung. Die Hochkulturen waren weitgehend auf Zwangsarbeit gegründet und durch eine endemische Rechtlosigkeit der unterdrückten Bevölkerung gekennzeichnet.“ In jüngster Vergangenheit konnten wir zur Kenntnis nehmen, daß auch die jahrzehntelange, scheinbar festgefügte Existenz sozialistischer Gesellschaften gegen alle Konvergenzideologien wenig mit dem Einverständnis und viel mit der Einschüchterung ihrer Bürger zu tun hatte.

Talcott Parsons hat einmal gegen den utilitaristischen Ansatz eingewandt, daß er nicht erklären kann, wie die Kontrolleure kontrolliert werden. Und noch vor zehn Jahren hat Richard Münch mit großer Verve den Vorwurf erneuert, daß die Errichtung staatlicher Ordnung als Lösung des utilitaristischen Dilemmas theoretisch zu kurz greife, weil damit der Kampf aller gegen alle nur auf den Kampf um die Verfügung über die staatliche Gewalt verschoben werde. Die Kontrolle der Kontrolleure *ist* aber ein kaum lösbares Problem, und der Kampf um die Verfügung über die staatliche Gewalt *ist* eine nur allzu verbreitete Realität. Nicht zuletzt Norbert Elias

ist ein unverdächtiger Zeuge für diese Sichtweise, wenn das Resümee seines voluminösen Werks darin besteht, daß die Geschichte des europäischen Staates nichts anderes war als eine lange Reihe von Ausscheidungskämpfen um die Zentralisierung der physischen Gewaltmittel.

3. Krise statt Stabilität. Ist ein utilitaristisches Dilemma wirksam, dann wird eine staatliche Ordnung im Zweifel eher der Erosion, der schleichenden Aushöhlung und dem Risiko der Zerstörung ausgesetzt sein, als Stabilität, Kontinuität und Dauerhaftigkeit aufzuweisen. Das trifft für Despotien ebenso zu wie für nicht-despotische Staatsformen. Diktatur *und* Freiheit bleiben immer bedroht. Unordnung ist in gewisser Weise der gesellschaftliche Gleichgewichtszustand. Nicht-despotische Staatsformen, die den Interessen der Mehrheit der Normalbürger entgegenkommen, sehen sich der Gefahr der Usurpierung der Macht durch Minderheiten ausgesetzt, die ihr Machtpotential effektiver aktualisieren können als die Masse der Normalbürger. Für Despotien gilt, daß die herrschende Oligarchie mit anderen Machtgruppen um das Ausbeutungsprivileg konkurrieren muß; hinzu kommt die destabilisierende gruppeninterne Konkurrenz um die besten Positionen innerhalb der herrschenden Oligarchie, etwa die Position des Diktators. Während die Normalbürger aufgrund des utilitaristischen Dilemmas Schwierigkeiten haben, den Machthabern ihre Herrschaft streitig zu machen, sind konkurrierende Machteliten und Fraktionen innerhalb der herrschenden Machtelite in einer besseren Position: Sie können ihren Widerstand wirksam organisieren und in einen offenen oder verdeckten Machtkampf eintreten. Jeder oligarchischen, auf Zwang und Gewalt gestützten Herrschaft droht infolgedessen permanent der Staatsstreich, die Palastrevolution und der Putsch. Für das Leben von Diktatoren wird sich deshalb häufig die Prophezeiung von Gordon Tullock bewahrheiten: „Looking at it briefly, it's a good life but apt to be a short one.“

Despotien wie freiheitliche Staaten sind aber außer durch den offenen Kampf um die staatliche Macht durch die schleichende Zersetzung und Unterwanderung ihrer Ordnung gefährdet. Auch für diejenigen, die von einer bestimmten Staatsform profitieren, gilt, daß diese Ordnung ein Kollektivgut darstellt, das die Versuchung erzeugt, die Kosten für seine Erhaltung anderen zu überlassen. So droht die Unterhöhlung des Gebäudes durch Apathie, Desinteresse und mangelnde Partizipation, aber auch durch eine aktive Mobilisierung von Partikularinteressen, die Bildung von Kartellen und Monopolen, durch die notorische Kurzfristigkeit von Politik sowie durch Korruption, Unterschlagung und Nepotismus. Unter der Voraussetzung des utilitaristischen Dilemmas ist das staatsgefährdende Ausmaß der Korruption und des organisierten Verbrechens etwa in Italien keine Anomalie, sondern geradezu ein paradigmatischer Anwendungsfall.

Ich fasse zusammen: Aus der Analyse des utilitaristischen Dilemmas folgen als drei wesentliche Erkenntnisse, daß partikularistische Normen wahrscheinlicher sind als universalistische Normen; daß staatliche Ordnungen, die sich auf Zwangsgewalt und Vorherrschaft gründen, wahrscheinlicher sind als freiheitliche Ordnungen, die auf der Anerkennung ihrer Legitimität beruhen; und daß Krise und Instabilität wahrscheinlicher sind als Kontinuität und Stabilität. Das sind Folgerungen, die üblicherweise *gegen* den utilitaristischen Ansatz ins Feld geführt werden. Legt man jedoch einen – gerade durch die jüngsten Ereignisse – korrigierten Maßstab an, dann verwandeln sich diese scheinbaren Nachteile in Vorzüge, denn die Schwierigkeiten, die im Rahmen eines utilitaristischen Ansatzes auftreten, wenn man eine stabile, freiheitliche und auf universalistischen Prinzipien beruhende gesellschaftliche Ordnung erklären will, erweisen sich dann als eine adäquate Abbildung der realen Schwierigkeiten, die der Existenz einer solchen Ordnung im Wege stehen. Auch in der Sozialwissenschaft sollte deshalb beherzigt werden, daß man den Boten nicht für die schlechte Nachricht verantwortlich machen darf.

Ein wichtiger Vorbehalt ist allerdings noch am Platz. Meine These war, daß uns die Epoche der neuen Unordnung, in der wir zur Zeit leben, zu einer Neubewertung des Grundlagenstreits in der Soziologie zugunsten des utilitaristischen Ansatzes veranlassen sollte. Aber wir dürfen un-

ter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse in der Diät der Beispiele nun natürlich nicht aufs neue einseitig werden. Zweifellos gibt es auch heute noch eindrucksvolle Beispiele sozialer Ordnung. Es gibt Gesellschaften, die über einen langen Zeitraum Stabilität und Krisenfestigkeit erwiesen haben, in denen soziale Normen nicht nur verbal mit der Forderung der Verallgemeinerungsfähigkeit konfrontiert werden, die eine freiheitliche staatliche Ordnung besitzen, die von der Mehrheit ihrer Bürger anerkannt und deren Normen zu einem großen Teil freiwillig befolgt werden. Es sind Gesellschaften und Staaten wie die, in denen wir selber Bürger sind. Selbstverständlich könnte ein soziologischer Ansatz nicht zufriedenstellen, der gerade gegenüber dieser Art von sozialer Ordnung kapitulieren müßte. Hier, und nur hier, hat der „klassische“ Vorwurf gegen den utilitaristischen Ansatz deshalb auch Substanz. Und in der Tat konzediert ein konsequenter Vertreter dieses Ansatzes wie Erich Weede freimütig, daß die jahrzehntelange Existenz einiger Demokratien aus der Perspektive dieses Ansatzes eine Anomalie und ein rätselhafter Glücksfall bleibt. In seinem Buch heißt es lapidar: „Ein Kapitel ‚Wie konnte die Demokratie jemals entstehen?‘ muß deshalb entfallen.“

Nur: Es muß uns klar sein, daß uns eine stabile demokratische gesellschaftliche Ordnung zu Recht vor ein ernstzunehmendes theoretisches Erklärungsproblem stellt, weil sie eben tatsächlich die Ausnahme von der historischen Regel ist. Es ist dann aber gerade der utilitaristische Ansatz, der uns die unwahrscheinlichen Leistungen, die eine solche Ordnung erbringen muß, verdeutlichen kann. Adam Smith hat einmal behauptet: „Um einen Staat aus dem Zustand niedrigster Barbarei zu einem Höchstmaß des Wohlstandes zu führen, braucht es wenig mehr als Frieden, geringe Steuern und eine erträgliche Rechtsprechung; alles andere ergibt sich aus dem natürlichen Lauf der Dinge.“ In dem bereits erwähnten Buch von Eric Lionel Jones wird allerdings nachdrücklich vor Augen geführt, daß Frieden, die Zähmung staatlicher Willkür und Gerechtigkeit selber von dem „natürlichen Lauf der Dinge“ gerade nicht zu erhoffen sind. Und wenn es aus diesem Grund stimmt, daß die Entwicklung von Europa ein geschichtliches Wunder ist, dann muß dieses Wunder auch in den Analysen der Soziologie erkennbar bleiben und darf nicht vorschnell zum Normalfall eines angeblich unvermeidlichen Modernisierungsprozesses trivialisiert werden.